

preußische Regierung, insbesondere den langjährigen Innenminister Severing, nicht zu tadeln, wenn sie sich scheuten, Außenseiter auch dort einzusetzen, wo diese sich nicht auf eine Gefolgschaftsmehrheit stützen konnten, wo also eigentlich der Einsatz besonders notwendig gewesen wäre« (S. 120). Die Frage, wie unter diesen Umständen eine Änderung hätte bewirkt werden können, bleibt unbeantwortet.

Nach der Abberufung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter in Berlin und dessen Stellvertreter Moll im Jahre 1925 wurde Friedensburg mit der vorläufigen Leitung der Behörde beauftragt bis zur Ernennung Grzesinskis zum Polizeipräsidenten in Berlin. Im Zusammenhang mit seinem aktiven Vorgehen gegen die alldeutschen Kreise, die den Plänen zum Class-Putsch nahe gestanden hatten, erfolgte seine Ablösung vom Posten des Polizeivizepräsidenten. Durch seine Hinweise, daß die auf eine Staatsumwälzung drängenden Kräfte in der Umgebung des Reichspräsidenten Rückhalt fänden, hatte er sich die Sympathien Hindenburgs verschert, der mit Erfolg auf die preußische Regierung eingewirkt hatte. Obwohl Grzesinski die Ernennung Friedensburgs zum Regierungspräsidenten in Kassel durchsetzte, wirft diese Maßnahme doch ein bezeichnendes Licht auf die tatsächlichen Möglichkeiten der preußischen Regierung, die im Zusammenhang mit den hochverräterischen Umtrieben rechtsradikaler Kreise einen führenden Demokraten fallenlassen mußte.

Der Begriff der Verfassungstreue oder Verfassungsloyalität bedeutete für die meisten Beamten nicht mehr als die Bereitschaft, den Staat in seiner gegenwärtigen Form zu respektieren. Die Außenseiter und die meisten sozialdemokratischen, demokratischen und Zentrumsjuristen waren überzeugte Anhänger der Demokratie. Sicher war auch Friedensburg der Auffassung, »daß der mühsame demokratische Staatsaufbau ein rückhaltloses Bekennen und Eintreten seiner Diener für die tragenden Staatsideen verlangten«, er sah die »heraufziehende tödliche Bedrohung sehr klar« und wollte sich davor nicht in die »verführerisch bequeme Rolle des zur Neutralität verpflichteten hohen Staatsbeamten zurückziehen«<sup>3)</sup>, wollte dieses Verhalten aber lediglich den politischen Beamten zugestehen (S. 179). Wie problematisch eine solche Auffassung ist, wird gerade an seiner Person deutlich, als er rückhaltlos gegen den Volksentscheid des Jahres 1931 Stellung nahm, seine ihm unterstellten Beamten, die sich am Volksentscheid beteiligt hatten, aber zu decken versuchte. Angesichts einer solchen Haltung ist es nicht eben verwunderlich, daß sich der Versuch einer Demokratisierung der wichtigsten preußischen Verwaltungszweige wenig imponierend ausnimmt, wenn auch die Zahl verfassungstreuer Beamter in Preußen vermutlich größer war als in anderen Ländern oder im Reich.

Hans Peter Ehni

Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918—1920 (= Militärgeschichtliche Studien, Bd. 8), Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1969, 376 S., 38 DM.

Schulze definiert Freikorps als »eine neben dem eigentlichen Heere errichtete Formation . . ., deren Angehörige für eine bestimmte Idee fechten wollen und die Sache des ständigen Heeres auch zu ihrer eigenen gemacht haben, unter Vorbehalt gewisser Reservatsrechte«. Deutlich ausgedrückt: die Freikorpsoldaten sind mit Landsknechten und Söldnern gleichzusetzen; dies hat sich spätestens bei den Kämpfen im Baltikum herausgestellt.

Ermöglicht wurde die Bildung der Freikorps durch den Zusammenbruch des kaiser-

<sup>3)</sup> Friedensburg, Kasseler Jahre, in: Kurt Dülfer, Die Regierung in Kassel, Kassel 1960, S. 426.

lichen Feldheeres Ende 1918 und durch das Scheitern beim Aufstellen republikanischer Verbände. Die Rekrutierung von Freiwilligen ließ deshalb seit November 1918 die Freikorps als drittes Machtmittel in Deutschland entstehen, getragen in erster Linie von jungen Frontoffizieren und kriegserfahrenen Unteroffizieren, deren latentes Mißtrauen gegen die kaiserlichen Generalstabsoffiziere immer wieder aufbrach. Die mehrheitssozialdemokratische und unabhängige Arbeiterschaft fehlte bei den Freikorps, statt dessen fanden sich zahlreiche Freiwillige unter Primanern und Studenten; beispielsweise fiel an zahlreichen Universitäten das Sommersemester 1919 aus, um den Studenten die Teilnahme an den Kämpfen der Freikorps zu ermöglichen.

Diese Kämpfe, von Schulze in den Mittelpunkt seiner Untersuchung gerückt, begannen im Januar 1919 in Berlin, unmittelbar vor den Wahlen zur Nationalversammlung. Bürgerkriegsähnliche Aktionen im übrigen Reichsgebiet schlossen sich an: In Bremen, Wilhelmshaven, Hamburg, dem Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Bayern wurden im Auftrag Eberts und unter dem Oberbefehl Noskes »Ruhe und Ordnung« hergestellt. Noch im gleichen Jahr dehnten die Freikorps ihren Aktionsbereich nach Osten aus. In den baltischen Ländern führten sie – teils unter englischem, teils unter weißrussischem Kommando – Krieg gegen die bolschewistischen Truppen, oder sie kämpften gegen lettische Einheiten, um eigene Siedlungspläne zu verwirklichen. Das Jahr 1920 brachte den Höhepunkt der Freikorpsunternehmungen: Im März putschten sie gegen die republikanische Regierung, um anschließend im Auftrag eben jener Regierung gegen die organisierte Arbeiterschaft des Ruhrgebiets vorzugehen. Aber schon im Mai 1920 wurden die Freikorps aufgelöst. Jedoch der Kampf gegen die Republik ging in der Illegalität weiter.

An diese Betrachtung des äußeren Geschehens knüpft Schulze die These, ohne die Hilfe der Freikorps hätte die Regierung Ebert nicht das erste halbe Jahr überlebt, wäre Deutschland als Ganzes nicht erhalten geblieben. Andererseits sei ein Teil der Freikorps zum Henker der Republik geworden, woran die Maßnahmen der Siegermächte sowie das falsche wehrpolitische Verhalten der Sozialdemokratie nicht ganz unschuldig gewesen seien.

Bei allem Bemühen um Distanz zum Thema kann Schulze eine gewisse Sympathie für die Freikorps nicht ganz vermeiden; so schließt er beispielsweise sein Buch mit einer Äußerung des Kieler Historikers Michael Freund: »Die Freikorps wurden zum Unglück für sich und Deutschland; aber zu schämen hat sich das deutsche Volk ihrer nicht.« Überhaupt ist eine konservativ-traditionelle Tendenz in Schulzes Arbeit festzustellen. Schulze behauptet, daß ohne Kampf der Freikorps Deutschland zur »Zentrale des revolutionären Weltkommunismus« geworden wäre und daß die »Revolution niedergeschlagen werden mußte« –, als ob nicht die Untersuchungen von Eberhard Kolb, Walter Tormin und Peter von Oertzen solche Formulierungen verbieten würden. Mehrfach spricht der Autor vom »Kampf gegen den Bolschewismus«, von »linksradikalen Elementen« und von »wilden« Aufständen der Arbeiterschaft, obwohl doch solche Begriffe eher belastend sind und auf ein ganz bestimmtes ideologisches Vorverständnis hindeuten. Auch die Greuelthaten der Freikorps werden fast bagatellisiert und entschuldigt, obgleich sie auf Grund der Dokumentation von Heinrich und Elisabeth Hannover (Politische Justiz 1918–1933, Frankfurt 1966) geradezu symptomatisch erscheinen.

Außerdem geht Schulze nur kurz auf die Frage ein, ob die *Freikorps als faschistisches Phänomen* zu werten sind, und verweist nur an einer Stelle seines Buches auf Ernst Noltes Faschismusuntersuchungen (Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963). Für Nolte sind die Kennzeichen des Faschismus: Antiparlamentarismus, Antiliberalismus, Haß gegen Sozialdemokratie und Kommunismus, Antisemitismus, Bereitschaft

zur Gewalt, Führerprinzip, übersteigter Nationalismus. Nach diesen Maßstäben hat sich auch das Denken der Freikorps gerichtet, wie Schulze besonders in dem Kapitel »Der Freikorpsgeist« ausführlich. Schulze beschreibt die Freiwilligen als Leute, die nach dem »Fronterlebnis« keinen Weg in eine Welt ohne Krieg gefunden haben, die vom romantisch-illusionären Wandervogelgedenken beherrscht gewesen sind; Leute, die das »System« abgelehnt, militärische Maßstäbe an politisch-gesellschaftliche Vorgänge gelegt, das »größere Reich« erträumt und eine Verbindung von Nationalismus und einem verschwommenen Sozialismus gesucht haben; eine Truppe, die auf den jeweiligen Führer eingeschworen und mit einem an Nietzsche erinnernden Nihilismus und Irrationalismus befangen gewesen ist (vgl. Georg Lukács, Von Nietzsche zu Hitler oder Der Irrationalismus und die deutsche Politik, Frankfurt 1966).

Doch Hagen Schulze scheut sich, aus diesen Ergebnissen das eindeutige Urteil zu ziehen und die Freikorps als faschistische Organisationen und Vorläufer des Nationalsozialismus zu bezeichnen. Zwar gibt er einerseits zu, daß die SA im wesentlichen aus der Freikorpsbewegung hervorgegangen ist (S. 333), doch andererseits bestreitet er eine Verbindungslinie von den Freikorps zur SA (S. X, S. 353 f.). Schulze bleibt inkonsequent und drückt nicht deutlich genug aus, daß der »Freikorpsgeist« in einer ganz bestimmten deutschen Tradition gestanden hat, der Hitler dann das konkrete politische Ziel gab.

Ein weiterer politischer Aspekt wird von Schulze stärker angeschnitten, daß nämlich das *Problem der Freikorps zugleich ein Problem sozialdemokratischer Wehrpolitik* (Noske!) gewesen ist. Doch während Schulze aus eher konservativer Sicht bemängelt, daß die SPD zu wenig Verständnis für die Soldaten der Freikorps aufgebracht habe, muß vielmehr festgestellt werden, daß die sozialdemokratische Führung nach der »Revolution« darauf verzichtet hat, eigene Truppen aufzustellen. Daß die SPD 1918/19 eine neue republikanische Armee hätte aufbauen können, muß Hypothese bleiben. Aber weil von der SPD-Führung gar nicht erst der Versuch unternommen worden ist, eine der Republik ergebene Wehrmacht aufzustellen, hat sie sich selbst durch das Bündnis mit den Freikorps die Hände gebunden und freiwillig einen Teil der Macht in Deutschland aufgegeben. Ebert und Noske haben sich nicht auf die Anhängerschaft der sozialistischen Parteien gestützt, sondern diese mit Hilfe rechtsgerichteter Truppen niedergekämpft. Das Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung nach den Reichstagswahlen im Juni 1920 ist die Folge gewesen. Die Epoche der Bürgerblockregierungen begann.

Die Kenntnis dieser Ereignisse aus den Anfangsjahren der Weimarer Republik dient wesentlich zum Verständnis der weiteren politischen Entwicklung. Deshalb ist eine kritische Lektüre von Hagen Schulzes Darstellungen zu empfehlen. Zwar bringen die Abschnitte über den Kapp-Putsch nichts wesentlich Neues, doch wird dies ausgeglichen durch die Schilderung der Oststaatspläne und der Kämpfe im Baltikum.

Reinhard Lüke

Heide Gerstenberger, Der revolutionäre Konservatismus. Ein Beitrag zur Analyse des Liberalismus (= Sozialwissenschaftliche Abhandlungen, H. 14), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1969, 171 S., 29,60 DM.

Der Begriff »revolutionärer Konservatismus«, dessen Ideologie von »Dr.« Heide Gerstenberger (seit wann schreibt man den Dokortitel auf das Titelblatt eines Buches?) in einer systematisch gut gegliederten Arbeit analysiert wird, ist skizzenhaft folgendermaßen zu erklären: 1. Die Konservativen verwenden einen vorwiegend formalen Revolutionsbegriff, ihre Revolution schließt die Umwandlung der Sozialordnung aus.